

Uster, 15. Mai 2006

Thomas Wüthrich
Talweg 159
8610 Uster
01 / 940 67 85 (P)
01 / 240 25 51 (G)
01 / 240 25 53 (Fax G)

Redaktion
Anzeiger von Uster
8610 Uster



Leserbrief – Neue AKW in der Schweiz?

„Seit zwei Tagen sind meine Frau und ich in Wetzikon auf der Suche nach Milchpulver für unseren knapp zweijährigen Sohn.“ So begann mein Leserbrief vor genau 20 Jahren an den Zürcher Oberländer als Folgen der Katastrophe in Tschernobyl endgültig auch bei uns spürbar wurden. Milch wurde aufgrund der Empfehlungen der Behörden nicht mehr getrunken, die Gestelle mit Milchpulver waren seit Tagen leer.

Wie viele Menschen in Tschernobyl ihr Leben gelassen oder irreversible gesundheitliche Schäden davongetragen haben, wird je nach Interessensbindung ganz verschieden beziffert. Dabei wird allzu häufig die Tatsache verschwiegen, dass die Radioaktivität - selbst in geringer Dosis - das menschliche, aber auch das tierische und pflanzliche Erbgut schädigen, die Folgen davon jedoch erst Generationen später sichtbar werden. Das ganze Ausmass der Tragödie wird folglich frühestens in 50 Jahren erkennbar sein.

Vor diesem Hintergrund ist die jüngste Offensive der Atomenergielobby erschreckend und zynisch. Tschernobyl hat nicht zum Umdenken gezwungen, vielmehr sollen die Milliarden schweren Investitionen noch möglichst lange Gewinn einfahren, Risiken eines GAUs hin oder her. Die Atomwirtschaft hat es ja auch einfach: Herr Thumann, Chef Kernenergie der axpo, sagte an der Energietagung der Grünen vom vergangenen Wochenende, Atomkraft sei für die Betreiber In Bezug auf Kosten und Preise langfristig berechenbar. Das ist Herrn Thumann wohl zu glauben, haften im Falle eines explodierten Atomreaktors ja nicht die Betreiber für die durch die Radioaktivität verursachten Schäden. Auch keine Versicherung will das Risiko eines GAUs abdecken. Es ist wie immer der Staat, der hier in die Lücke springen sollte – wie war das da noch mal mit den Parolen nach weniger Staat?

Die Entsorgungsfrage gänzlich ausblendend wird Atomkraft damit angepriesen, dass die Atmosphäre nicht mit noch mehr CO₂ belastet wird. Es ist grotesk: der Teufel CO₂ soll mit dem Beelzebub Atomkraft ausgetrieben werden. Im Übrigen ist Atomkraft ja alles andere CO₂-neutral! Denn vergleicht man die CO₂-Bilanz der AKWs mit den Alternativen Stromeinsparung, regenerative Energien und rationelle Energienutzung mittels Wärme-Kraft--Kopplung, so zieht die Atomkraft eindeutig den Kürzeren.

Zudem ist offensichtlich: Mit der Atomenergie geraten wir in dieselbe Fallen wie mit dem Erdöl. Beides sind endliche Energieträger, irgendwann werden die Vorräte aufgebraucht sein. Je mehr der Vorrat an

Öl oder Uran schrumpft desto intensiver werden die Verteilungskämpfe darum – sprich Kriege – geführt werden! Sind das die Perspektiven, die wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts unseren Nachkommen zumuten wollen? Nein, vielmehr müssen wir lernen mit begrenzten Ressourcen umzugehen, es gibt nun einmal nicht ‚soviel Strom ihr volt‘, wie uns die Werbung der Atomlobby weismachen will.

Die Lösung bilden Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse (v. a. Holz). Zusammen mit der Wasserkraft und Energieeinsparungen – der Standbymodus von Elektronikgeräten verschlingt in der Schweiz jährlich soviel Strom wie 250'000 Haushaltungen - werden wir in Zukunft auf Atomkraftwerke verzichten können. Und dies erst noch ohne Komforteinbusse!

Wir erreichen dieses Ziel erst recht, wenn sich auch die traditionellen Energielieferanten wie axpo stärker in der Forschung, in der Produktion und in der Promotion von sauberen Energien engagieren würden. Die von der axpo ins nationale Forschungsprogramm Geothermie investierten 6 Mio. Fr. sind lächerlich angesichts der Baukosten von 5 Milliarden für das AKW Leibstadt.

Die öffentliche Hand kann eine Vorreiterrolle in der Verwendung von sauberer Energie übernehmen. In Uster werden in Zukunft alle öffentlichen Bauten nach dem nachhaltigen Minergie-P-Standard erstellt werden. Heizungen werden mit Holz gespeist oder nutzen die Wärme-Kraft-Kopplung. Es gibt in der Schweiz schon heute etliche Häuser, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen! Eine nachhaltige Energie- und Baupolitik sollte für die selbsternannte Energiestadt Uster eine Selbstverständlichkeit sein.

T. Wüthrich, Gemeinderat, Uster